

Crefeld, 30. Dezember 1922

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die "Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 100,- Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Telefon 4423, Teleg.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Heinrich Fahrenbach, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Verlag Joh. von Aden, Crefeld, Sath, Kirchstraße Nr. 63-65. Fernaus: 4692.

## Zum Jahreswechsel.

Es senken sich des alten Jahres Schatten.  
Die Erde deckt ein weißes Leinentuch.  
Des Christbaums Kerzen löschen und ermannen.  
Ein Jahr gestrichen aus dem Lebensbuch.  
  
Mit frischem Mute ist es einst begonnen;  
Viel gute Wünsche gaben das Geleit.  
Im Schaffensdrange ist die Zeit verronnen.  
Ein Wogenstieg ins Meer der Entfaltung.  
  
Hat sich veragt nun auch so manches hoffen,  
Ein großes Ziel gewinnt im Jettenlauf.  
Dram was für uns dabei nicht eingetroffen,  
Beschließt der Wunsch: Du neues Jahr „Glück auf!“

## Der Reichswirtschaftsrat zum Arbeitszeitgesetz.

In Deutschland ist die Arbeitszeit noch nicht geleglich geregelt. Die Regierung hat im vorigen Jahre einen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter eingebrocht, mit dem sich der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats und ein besonderer Arbeitsausschuss in rund 30 Sitzungen beschäftigte. Den vom Sozialpolitischen Ausschuss umgestalteten Entwurf behandelte der Reichswirtschaftsrat in seinen Plenarsitzungen vom 13.—15. Dezember. Noch bei keiner Verhandlung dieses Wirtschaftsparlaments sind die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern so scharf hervorgetreten wie bei der Beratung dieses umstrittenen Gesetzentwurfes. Die zahlreichen Abänderungsanträge der Abteilung I (Arbeitgeber) und besonders auch die leidenschaftliche Art, mit der diese Anträge vertreten wurden, bedeuten die schärfste Kampfanlage gegen die gewerbliche Arbeiterschaft.

Die Arbeitgeber hatten vorläufig — wohl aus taktischen Gründen — darauf verzichtet, die günstige Belebung des Achtstundentages beginnen 48 Stundenwoche zu fordern. Sie beantragten jedoch die zwangsweise Einführung so vieler Ausnahmen, daß praktisch der Achtstundentag beseitigt wird, wenn das Gesetz in dieser Fassung zustande kommen sollte.

So würde z. B. nach § 18 die gesetzliche Arbeitszeit nicht gelten für Arbeiten, die in Notfällen und bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle, und ferner zur Verhütung von Störungen, Verzögerungen oder Gefährdungen der Produktion, der Güterverteilung und der Erhaltung bzw. Sicherung von Werten aller Art, sowie im öffentlichen Interesse unverzüglich eingeleitet oder vorgenommen werden müssen.

Schon durch diese Fassung wird dem Unternehmer ein Freibrief ausgestellt, nach Lust und Laune überarbeiten zu lassen. Weit schlimmer noch sind jedoch die Bestimmungen der §§ 19 und 20. In § 19 verlangen die Unternehmer:

Soweit in Gewerben Tarifverträge abgeschlossen werden, sind darin weitere Ausnahmen aufzunehmen. Tarifverträge haben grundsätzliche Bestimmungen über die Zulässigkeit und den Umfang der zu leistenden Überstunden zu enthalten.

Diese Tarifbestimmungen müssen Rücksicht nehmen auf die jeweilige wirtschaftliche Lage, die Bedürfnisse und das Seelenheil des Gewerbes, für das der Tarifvertrag abgeschlossen wird. Insbesondere sind die tariflichen Vereinbarungen über Überstunden der Geminkonjunktur des Landes, der Einzelkonjunktur des Gewerbes und den jeweiligen wechselseitigen Bedürfnissen des Einzelbetriebes, soweit Gesamtinteressen dadurch nicht verletzt werden, so anzupassen, daß die Gesamtproduktion, die Güterverteilung und der Verkehr an keiner Stelle beschränkt oder verzögert wird.

Sie haben sich ferner zu erstrecken auf Vereinbarungen über Überstunden zur Verhütung der Unterbrechung oder Verzögerung einer Arbeit durch Störungen oder Verzögerungen in den vorhergehenden Arbeitsgängen, oder um es zu ermöglichen, im Falle außergewöhnlicher Häufung von Aufträgen den Anforderungen des Betriebes nachzukommen.

Was hier gefordert wird, ist nichts weiteres als die Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages durch Bestimmungen des Tarifvertrages. Es handelt sich um Mußvorschriften, die nicht umgangen werden können. Ein Tarifvertrag, der die vorgesehenen Ausnahmebestimmungen nicht enthält, ist gesetzlich ungültig. Damit haben die Arbeitgeber auch schon der Schaffung eines neuen Tarifrechts vorgegriffen. Praktisch würden diese Ausnahmebestimmungen für unsere Textilindustrie mit ihrem ausgeprägten Saaison- und Konjunkturcharakter den Achtstundentag für die Zeiten guten Geschäftsganges vollständig beseitigen. Das können sich die Textilarbeiter unter keinen Umständen bieten lassen. Bei allen Tarifverhandlungen würde ein scharfer Kampf entbrennen gegen die gesetzlich vorgesehenen und von den Arbeitgebern darüber hinaus verlangten Ausnahmebestimmungen. Eine Verständigung würde unseres Erachtens in keinem Falle erzielt. Praktisch würde dadurch der Abschluß von Tarifverträgen unmöglich gemacht. Vielleicht ist das auch der Wille und das Ziel schärfischer Unternehmer. Kommt keine tarifliche Regelung zustande, so gilt nach § 20 folgendes:

Bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit sowie in Gewerben, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, oder deren Betrieb ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, kann mangels einer tarifvertraglichen Einigung auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine abweichende Regelung der Arbeitszeit an 60 Tagen im Jahre durch den Gewerbeaufsichtsbeamten zugelassen werden.

Für mehr als 60 Tage sowie für einzelne Gewerbezweige kann an Stelle des Gewerbeaufsichtsbeamten die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag Ausnahmen der in Absatz 1 bezeichneten Art widerruflich bewilligen.

Allgemeine Ausnahmen der vorbezeichneten Art werden an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde von der Landeszentralbehörde und für den Bereich der Länder vom Arbeitsminister bewilligt.

Nach § 21 ist zudem der Reichsarbeitsminister ermächtigt, noch weitere Ausnahmen zu gestatten.

Es sei noch hinzugefügt, daß nach der Regierungsvorlage die Überstunden mit 25% Zuschlag bezahlt werden sollten. Auch diese Bestimmung ist auf Antrag der Arbeitgeber gestrichen.

Lehrlinge dürfen überhaupt täglich eine Stunde länger als Ausbildungsaufgaben beschäftigt werden.

Da Arbeitsbereitschaft generell nicht als Arbeitszeit gelten soll, würden insbesondere die Arbeiter der Ausrüstungsindustrie meist eine wesentlich längere Arbeitszeit als die gesetzlich vorgesehene haben.

Die Arbeitgeber haben zudem durch ihre Anträge den nach den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses vorgesehenen Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter fast vollständig beseitigt. Darüber wird in einem weiteren Artikel noch näheres zu sagen sein.

Die Arbeitgeber haben mit ihren Anträgen bemüht, welchen Kurs sie stertern wollen. Es wurde bei der Begründung der Anträge ganz offen zum Ausdruck gebracht, daß die Reparationsleistungen in erster Linie durch eine Verlängerung der Arbeitszeit aufgebracht werden sollen.

Die triftigsten Gegengründe der Arbeitnehmervertreter waren in den Wind gesprochen. Bezeichnenderweise haben auch die meisten Vertreter der Abteilung III (Freie Berufe) des Reichswirtschaftsrats den Arbeitgeberanträgen zugestimmt. Insbesondere mußte es auffallen, daß einige führende sozialdemokratische Persönlichkeiten der Abteilung III mehrfach mit den Arbeitgebern gegen die geschlossene Einheitsfront der Arbeitnehmer stimmten.

Der Entwurf geht nunmehr dem Reichstage zu, wo er gleich nach Neujahr zur Verhandlung kommt. Niemand unserer Mitglieder muß es sein, auf alle

ihnen bekannte Reichstagsabgeordnete dahingehend einzutragen, daß sie dem Gesetz eine Fassung zu geben versuchen, die den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht. Eine solche Fassung ist in den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zustande gekommen. Mögen unsere Kollegen die weitere Verhandlung dieses Gesetzentwurfes im Reichstage aufmerksam verfolgen und sich über die Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten genau unterrichten. Wer im Reichstage den für die Arbeiterschaft günstigeren Standpunkt eingenommen und die Unternehmer zu einem Verständnis gebracht hat, möglicherweise bei den nächsten Wahlen auf die Stimmen der Arbeitnehmer verzichten.

H. G.

## Konzernbildungen in der deutschen Industrie.

II.

Die gutorganisierten Kartelle, so schreibt Liefmann, suchen auf eine gleichmäßige Preisgestaltung hinzuwirken, was auch für die ganze Volkswirtschaft von Vorteil ist. Sie sind in Zeiten des Aufschwunges maßvoll in den Preiserhöhungen, halten dafür aber auch in Niedrigsätzen die Preise aufrecht. Von maßvollen Preiserhöhungen der Kartelle ist aber besonders zur Zeit recht wenig zu spüren.

Kürzlich wurde im Handelsteil der "Frankfurter Zeitung" ein Bericht veröffentlicht über eine Generalversammlung der Norddeutschen Spinnerei und Weberei in Hamburg. In diesem kurzen Bericht wurden die eigentlichen Zwischenbetriebsverbündungen in unserer Industrie kurz folgendermaßen dargestellt: Der Konzern kann von seinem Sitz in Hamburg aus einen recht erheblichen Teil des deutschen Rohstoffbedarfs übersehen und dann das Angebot günstiger wahrnehmen. Zu diesem Vorteil tritt — ganz abgesehen von der Billigung aller Regelspesen — der für den Kundenkreis der Gesellschaft überaus wichtige Kartell hinzu, daß jede einzelne der angeschlossenen hauseändischen Fabriken sich nur noch einem örtlich begrenzten Konsortium zuwidmen braucht, denn es werde die Zurechnung der Aufträge an jede der juktigen Fabriken durch die Zentralstelle unter dem Gesichtspunkt der Frachtkostersparnis erfolgen. Die Hamburger Fabriken sollen auf diese Weise vom Inlandsgebet entlastet werden und so in die Lage kommen, sich überwiegend dem Exportgeschäft zu widmen.

Damit aber seien die Pläne der Gesellschaft noch nicht er schöpft. Um die Ziele zu erreichen, sei beachtigt, die übersichtliche Seiteindustrie A.-G. in Oppeln zu erwerben. Ferner sei die Gesellschaft bestrebt, sich die Kontrolle der deutschen Textilvereinigung A.-G. zu sichern, schon aus dem Grunde, weil diese überausgewogene Handels- und Absatzorganisationen verfügt, welche legitime auch wertvolle Verbündungen nach dem Auslande sichern. Endlich sei ins Auge gefaßt, auf dem Gebiete der Fabrikation und des Vertriebs der Erzeugstoffe kontrollierend einzutreten.

Man braucht nur den in diesem Bericht kurz angeführten Gesichtspunkt der Ersparnis und der Billigung gelten zu lassen, dann muß man tatsächlich feststellen, daß den Konzernbildungen der Unternehmer in der heutigen Wirtschaftsordnung ganz ohne Zweifel eine gewisse Bedeutung nicht abgewichen werden kann. Der rücksichtlose Kampf der einzelnen industriellen Unternehmungen gegeneinander ist, wenn dabei auch der Konsument unter Umständen die Waren billiger bekommt, doch rohkostwirtschaftlich keineswegs günstig. Meistens bedeutet der Kampf — man denke nur an die Riesenauktionen für Reklamezwecke — eine große Kapitalverschwendu ng. Bei uns in Deutschland sind die Kartelle dann auch ein Gegengewicht gemeint gegen eine andere Entwicklung, wie sie sich namentlich in Amerika vollzogen hat.

Nach größtem Konkurrenzkampf haben dort die größten Unternehmungen schließlich alle anderen verdrängt und sind dann zur Bildung von Trusts geschritten. Das sind dort große Unternehmungen, die zu einer einzigen verschmolzen wurden.

Jedes Ding auf dieser Welt hat aber nicht nur Licht, sondern auch Schattenseiten. Das gilt auch für die Konzernbildungen in der deutschen Industrie. Eine große Gefahr der Kartelle liegt in dem übermäßigem Fixfeststellungen, wodurch eben die monopoli schen Stellung zum Ausdruck kommt. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß sie zur Gründung von immer neuen

Unternehmungen und zur übermächtigen Vergrößerung der bestehenden Kreise geben und damit eine Überkapitalisierung in den betreffenden Gewerben verursachen. Gewiss, die Kartelle der Unternehmer mögen durch ihre Bemühungen, konjunkturausgleichend zu wirken, den Krisen die Spuren genommen haben, durch eine rationellere Produktionspolitik auch Verbraucherpolitik getrieben und schließlich durch Vermittlung ständiger Beschäftigung auch sozial und volkswirtschaftlich bedeutungsvocht gewirkt haben, allein ein fester Zusammenschluss bedeutet auch immer eine Machstellung. Der Stärkere ist zu leicht geneigt und auch imstande, auf den Schwächeren keine Rücksicht zu nehmen. In der Praxis hat sich die Machstellung der Kartelle wiederholt in denkwürdig ungünstigem Sinne besonders für die Arbeitnehmer und für die Verbraucher ausgewirkt.

So hat die seit Anfang dieses Jahres sich immer mehr entwickelnde Haushalt-Konjunktur auf dem Textilmarkt die Textilkartelle angeregt, ihre Machtmittel immer noch stärker zu entfalten. Es wurden andauernd Preiserhöhungen, nachträgliche Preisauflagen, allerlei Vorbehalt, schwere Verkaufsbedingungen, überhaupt Maßnahmen getroffen, die fast jedes mit der Konjunktur verbundene Risiko den Abnehmern aufzufordern suchte. Man braucht nur regelmäßig eine Fachzeitung wie den "Konsumenten" zu lesen, um zu sehen, wie schwer selbst der nichtkartellierter Unternehmensstand unter dem Terror der Unternehmekartelle zu leiden hat.

In einem mit Kartelle, Syndikate, Trusts und Arbeitnehmerschaft überschriebenen Artikel von Christoph Schwanen in der "Deutschen Arbeit", Oktoberheft 1922 wird unter anderem auch darauf hingewiesen, wie fast tausend die Preiskonventionen in der Textilindustrie ausgebildet seien. Während Millionen Menschen der hohen Preise wegen sich nicht mit der edelsten Kleidung versorgen können, erzielen die in Preiskonventionen vereinigten Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie Gewinne, die an das Schamlose grenzen. Wir erinnern hierbei an folgenden Fall der letzten Zeit: Zwischen einer Anzahl von Kartellen und Verbänden der Herrenkleiderfabrikanten einerseits und den Vereinigungen von Tuchfabrikanten und Mäherien andererseits besteht ein Vertrag zu gegenseitiger Unterstützung im Kampf gegen Außenhändler darin, daß die Kleiderfabrikanten nur unter den Mitgliedern der Tuchlieferungsverbände kaufen, während ungekehrt die Stofffabrikanten ihre Ware nur an die Mitglieder der kartellierten Kleiderverbände abgeben dürfen. Auf Grund dieses Kartellvertrages hatten die Verbände der Kleiderfabrikanten von den genannten Verbänden der Tuchindustrie verlangt, über 72 Kleiderfabriken in 26 Orten die Materialsperre zu verhängen. Die Stofffabrikantenvverbände hatten dagegen angeordnet, daß ihre Mitglieder Anfragen von gewissen Firmen nicht annehmen und ausführen dürfen. Es entzieht sich im Augenblick unserer Beurteilung, wiewiel Betriebe durch eine solche Materialsperre stillgelegt worden sind. Das Ganze ist aber ein Zeichen dafür, mit welcher Rücksichtlosigkeit solche Preiskonventionen vorgehen."

Eine ungemein jämmerliche, aber sozial verantwortige Aktion ist Schwanen gegen die neue Zuckerkonkurrenz, die eine rein privatwirtschaftliche Einrichtung sei, ein Kartell der fast tausend in einem Zuckerkonsortium zusammengefügten Zuckersfabrikanten. Der Berichterstatter erinnert daran, daß vor dem Kriege mehr als ein Viertel der Weltproduktion an Zucker in Deutschland erzeugt wurde, daß ein Viertel der Landserzeugung ausführte. Seit nun Deutschlands, trotz hinreichender Erzeugung, dazu übergehen, Auslandszucker — der natürlich nichts weiter als verhobener Landeszucker ist — zu Bucherpreisen, um denen sich ungähnliche unfaubere Hände bereichern haben, einzukaufen. Auf die Volksgemeinschaft würde nicht die allergeringste Rücksicht genommen. Der Berichterstatter urteilt dann wie folgt:

"Gleichgültig seien die Kartellherren und die dafür bezahlten Syndici zu, wie Millionen unternährter Kin-

der und Volksgenossen noch weiter verelenden, wie durch die Knappheit der Waren eine Ursache zu anderen für einen neuen alles zerstörenden Umsturz gefügt wird, einem Umsturz, der den hoffnungsvollen Frühling einer sich entwickelnden Sozial- und Volksgemeinschaft vielleicht rasch vernichtet."

Die wenigen hier angeführten Beispiele beweisen schon genügend, wie Macht und Einfluß des kartellierten Unternehmertums auf wirtschaftlichem Gebiete immer größer werden. Der Macht- und Gewinneinfluß der Unternehmekartelle auf politischem Gebiete ist aber nicht geringer einzuschätzen. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an eines zu erinnern: Die großen kapitalistischen Unternehmungen gewinnen vor allem immer mehr Einfluß auf die Presse. Hierbei kommt ihnen die große Not der Presse überaus gelegen.immer mehr und immer bedeutendere Tageszeitungen werden vom Stinnes-Konzern und anderen Unternehmer-Konzernen aufgekauft. In dieser von den Unternehmern abhängigen Presse wird systematisch die Gewaltung der Unternehmer in Süßwaren und die Politik der Unternehmer vertreten und über den Schellenkönig gepriesen. Das ist eine grobe Gefahr, die vor allem von uns Arbeitern nicht übersehen werden darf.

Die Entwicklung der Kartell- und Konzernbilbungen im Lager der Unternehmer läuft — so bedauerlich die Zukunft an sich ist — in Zukunft ein viel größeres und schärferes Ringen zwischen Kapital und Arbeit als möglich erscheinen. Die wichtigste Lehre, die sich darum für uns organisierte Arbeitnehmer aus dem Gesagten ergibt, ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Kampfmittel. Vor allem kommt hierbei eine nachhaltige Unterstützung jener Presseunternehmungen in Frage, die auch der Arbeiterbewegung gerecht werden, die sich ihr Urteil nicht vom kartellierten Unternehmertum einfach diktiert lassen. Eine in jeder Hinsicht vollständig unabhängige Tageszeitung, auf die das organisierte Kapital keinerlei Einfluß ausüben kann, ist die Tageszeitung für deutsche Volkgemeinschaft "Der Deutsche" in Berlin, das Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Aber nicht nur allein als Arbeitnehmer, sondern auch als Verbraucher und Abnehmer von Erzeugnissen aller Art können und dürfen wir die Produktions- und Preispolitik der Kartelle nicht gutheißen. Eine Einwirkung auf die Politik der Kartelle kann durch die Betriebsräte, durch die noch auszubauenden Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat ausgeübt werden. Aber nicht nur allein die Gewerkschaften, sondern auch die Gewerkschaften bieten eine geeignete Möglichkeit, die Preispolitik der Kartelle nicht ins Uferlose treiben zu lassen. Die Ausübung eines nachhaltigen Einflusses auf das Werk der Kartelle liegt im Interesse der Verbraucher wie der ganzen Volksgesellschaft.

## Einkommenssteuersätze für 1922.

Der Steuerausitus des Reichstages legte folgende Einkommenssteuersätze für 1922 fest:

| Für die ersten angefangenen oder vollen 300000 M. 10 Proz. |
|--|
| 300 000 " 15 "   |
| 400 000 " 20 "   |
| 500 000 " 25 "   |
| 500 000 " 30 "   |
| 500 000 " 35 "   |
| 1 000 000 " 40 "   |
| 1 000 000 " 45 "   |
| 1 500 000 " 50 "   |
| 1 500 000 " 55 "   |
| weitere Beträge " 60 "                                     |

Zusätzlich sind: Sterbekostenbeiträge bis zu 2000 M.; Lebensversicherungsbeiträge usw. bis zu 16000 M.; für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau bis zu einem Einkommen von 30000 M. je 34 M. und für Kinder 610 M. bei einem Einkommen bis zu einer Million Mark.

## Trotzdem!

Dringend ist diese Novemberkündigung! Die wahnsinnig, garstig-rasche Wittierung lädt nicht ein, dem Freuden auf der Straße zu zaudern.

Novemberkündigung — Novemberkündigung! Nur vier Jahren stand ein Volk und Heer, das jahrelang Ungeheuerliches, in der Geschichte noch nie Dagewesenes geleistet hatte, an der jurchivaten Überspannung seiner Kräfte zusammen. Große Stürme brachten seit dieser Zeit über uns daszum. Große Landstriche und Holzställe wurden gewaltig losgerissen vom Mutterlande. Die blutenden Hände werden rot und können sie verheilen. Könige, Herren, Senatoren, Weingärtner, Krawalle und Quälde sind in ihrer Folge zu uns vorübergegangen. Früherer Tod-Sud und schwadische Provinzien beherrschten die Städte. Von Todes Angst bedroht — im Inneren zerstört!

Wieder durchdringen wie damals im November 1918 bestens die Straßen der Großstadt Stein einschlägiger Spille leidet sie. Kein großes, fastes Ziel steht vor ihren Augen. Der Herz dieser Bewegung liegt in einem Großbetrieb, dessen Generaldirektor bei jeder Gelegenheit stolz behauptet, daß er kluge und einfältige Leute habe, von denen sich keiner mehr gewaltig organisiert sei. Was jenseits? Die kommt nicht statt ständig schwärmt über die Generaldirektoren, die für den Arbeiterschaden verantwortlich sind. Sie künden ihre Sache selbst aus. Bei ihnen war noch der Witzige, der gute Sozialist. Sie haben ihre Sache selbst gemacht! Siegelblätter feilten sich an die Spalte, rissen die Führer zu sich, zogen den Mannen voran, leichten die Fesseln unter den Kampfesfesseln, trieben ergrauten Arbeiter vom Schachthof und der Werkbank, stahlen und plünderten, was nicht ziel- und zugehen war, um auf diese Art den jungen Kapitalismus eines auszuhöhlen.

Trotz all der Arbeit der Stadt überall will Zügelungsmaßen ziehen hin und her. Die Gedanken sind geworden, um auf diese Art den jungen Kapitalismus eines auszuhöhlen. Auf die Pro-

letztermörder! Dem vorbeigehenden französischen Offizier mit der Reitpfeife in der Hand, der Zigarette in dem Mund und dem verschwommenen Lächeln um den Lippen wird mit lautem "Hallo" und "Achtung" unterworfug ein Weg durch die Massen gebahnt. Ihm, der ja "mithilft", den an der Kette liegenden Proletarien Freiheit und bessere Zeiten zu bringen.

Gruppen und Gruppen sondern sich ab. Bald bilden sich auch hier Parteien. Ruhig überlegende, klardenkende Arbeiter, die jetzt manchen Sturm über sich ergehen lassen und oftmals mit grubem Rücken vor dem Arbeitgeber standen, wenn es galt, gerechte Forderungen der Arbeitnehmer zu vertreten, werden von der Gegenseite, den jugendlichen Schreibern, die mit Knäppeln in der Hand den "Bremser" ihre besetzte Meinung beibringen wollen, niedergeschafft. Sie zeigen ihnen, wie man den Kapitalismus praktisch vernichtet. Im allgemeinen sind es, wenn nicht tausend andere mitführen, zehntausend ehrliche Gesellen, die sich in den Betrieben ausschauernd verstecken. Sie erlösen sich, reden aufeinander los, wollen gleich die Löden stärmen, um wenigstens einmal fort zu werden. sagt der eine, und steht mit dem Stimmel der alten Zigarette eine neue an. Plötzlich wird's still — Fensterlämpchen, feit doch vernünftig, Leute, das hat keinen Zweck. Im überlegenen, selbstsicherem Ton wird's ausgesprochen. Alles hört zu: "Wir haben heute einen Aktionsausmarsch gehabt, der die Lebensmittelpreise gesenkt hat. Von morgen ab kostet die Margarine 300 M. Weil ihr die Seufzer einholgt, habt ihr mir einen Tag, ja aber zwei mir dankbar verjüngt, wenn wir die Gewalt in der Hand behalten."

Einige der Umstehenden schauen den Redner verständnislos an. Die meisten aber brüllen "Bravo". Feiern den tüchtigen Aktionsausmarsch, der endlich einmal klare Sahn geschnitten hat. Der wird auch mit dem Dollarstand von 6000 gestoßen. Solch ein Blöd. Was hämmert uns Dollarstand? Diese Erfindung kapitalistischer Ausbeuterung ist in dem Augenblick etwas kleinig, wenn wir am Ruder sind. Nieder mit dem Dollar! Hoch der Aktionsausmarsch!

Alles ist jetzt einer, der den Ruhigen und den Stürmern aufs Herz gehört. Aber das vorgeworfene Angst des

Ab 1. Januar 1923 gelten folgende Steuersätze: Für die erste angefangene oder volle Million Mark 10 Proz., steigend mit jeder weiteren angefangenen oder vollen Million um 5 Proz. bis zu 25 Proz.; für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen 30 Proz., steigend mit jedem weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen um weitere 5 Proz. bis 40 Proz.; für die weiteren angefangenen oder vollen 3 Millionen 45 Proz., steigend für die weiteren vollen oder angefangenen 3 Millionen Mark um weitere 5 Proz. bis 50 Proz.; für weitere Beträge 60 Proz. Die Sterbekostenbeiträge sind vom 1. Januar ab bis zu 8000 M. die Lebensversicherungsbeiträge bis zu 48000 M. abzugsfähig. Die Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau werden auf 2400 M. bei Einkommen bis zu 1 Million und für Kinder auf 12000 M. bei Einkommen bis zu 2 Millionen vom Steuersoll herausgezogen.

## Sozialpolitisches.

### Familienwohnhilfe und Wochenfürsorge.

Als ein Zeichen der fortschreitenden Geldentwertung ist es anzusehen, daß der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages immer wieder daran gehen muß, die Bestimmungen über die Leistungen der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge zu ändern. In seiner Sitzung vom 7. Dezember oblag es dem Ausschuss, die Beiträge der Wochenhilfe und Wochenfürsorge entsprechend der Geldentwertung neu festzulegen. Er ging dabei beträchtlich über die Sache hinaus, die die Reichsregierung vorgeschlagen hatte. Im nachfolgenden geben wir die Beschlüsse (und daneben die seitherigen Sätze nach den Verordnungen vom 22. September 1922) wieder:

1. Pauschbetrag bei Erfattung des Wertes der freien Ortsbehandlung 4000 M. (500 M.)
2. Pauschbetrag bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden 2000 M. (500 M.)
3. Wochenlohn 50 M. (15 M.)
4. Stillgeld 50 M. (25 M.)

Der Gesamtaufwand des Reiches betrug nach den Verordnungen vom 22. September 1922 insgesamt 1,455 Milliarden Mark. Nach den neuen Entwürfen der Reichsregierung waren vorgesehen 2,710 Milliarden Mark. Die Beschlüsse des Ausschusses erfordern einen Aufwand des Reiches in Höhe von 6,272 Milliarden Mark. Die Summen der Gesamtaufwendungen erscheinen auf den ersten Blick hoch, wenn man aber berücksichtigt, in welchem Umfang die Preise für Arzt, Arznei, Heilmittel usw. gestiegen sind, so wird man zugeben müssen, daß auch nach den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses immer noch die Familien, denen ein Zuwachs beschert wird, unter schwersten materiellen Sorgen zu leiden haben.

## Allgemeine Rundschau.

### Eine Kundgebung des Gesamtverbandes

Die am 6. Dezember tagende Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm folgende Entschließung an:

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands teilt die Sorgen und die Enttäuschung, die die gesamte Mitgliedschaft seiner Verbände mit der wütigen Bevölkerung im befreien Gebiete infolge der neuerlichen Bedrohung des Rheinlandes durch den französischen Imperialismus erfüllt. Der Vorstand des Gesamtverbandes wird seine ganze Kraft mit einsetzen, um die neuen neuen Anstrengungen Frankreichs aufzuweisen. Das Rheinland ist deutsch und wird deutsch bleiben. Die Achtung des Weltgewissens vor der nationalen Einheitlichkeit des rheinischen Landes und der rheinischen Bevölkerung mit dem Reich und dem gesamten deutschen Volk muss, so vertrauen wir, sicher sein, als die jedes sittlichen Rechtes durch Mächtige Frankreichs. Deutschland muss zudem nicht zuletzt auch im Interesse der gesamten Weltwirtschaft, wirtschaftlich wieder zur Geltung kommen. Der Griff nach dem Rheinland über würde den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und damit Europas nur noch vervollständigen.

Es ist genug der Vergewaltigung des Reiches! Es ist genug des Leidens und der Not! Jetzt muss aufgebaut und nicht neu zerstört und zerissen werden. Der Vor-

stand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands teilt die Sorgen und die Enttäuschung, die die gesamte Mitgliedschaft seiner Verbände mit der neuerlichen Bedrohung des Rheinlandes durch den französischen Imperialismus erfüllt. Der Vorstand des Gesamtverbandes wird seine ganze Kraft mit einsetzen, um die neuen neuen Anstrengungen Frankreichs aufzuweisen. Das Rheinland ist deutsch und wird deutsch bleiben. Die Achtung des Weltgewissens vor der nationalen Einheitlichkeit des rheinischen Landes und der rheinischen Bevölkerung mit dem Reich und dem gesamten deutschen Volk muss, so vertrauen wir, sicher sein, als die jedes sittlichen Rechtes durch Mächtige Frankreichs. Deutschland muss zudem nicht zuletzt auch im Interesse der gesamten Weltwirtschaft, wirtschaftlich wieder zur Geltung kommen. Der Griff nach dem Rheinland über würde den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und damit Europas nur noch vervollständigen.

Es ist genug der Vergewaltigung des Reiches! Es ist genug des Leidens und der Not! Jetzt muss aufgebaut und nicht neu zerstört und zerissen werden. Der Vor-

stand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands teilt die Sorgen und die Enttäuschung, die die gesamte Mitgliedschaft seiner Verbände mit der neuerlichen Bedrohung des Rheinlandes durch den französischen Imperialismus erfüllt. Der Vorstand des Gesamtverbandes wird seine ganze Kraft mit einsetzen, um die neuen neuen Anstrengungen Frankreichs aufzuweisen. Das Rheinland ist deutsch und wird deutsch bleiben. Die Achtung des Weltgewissens vor der nationalen Einheitlichkeit des rheinischen Landes und der rheinischen Bevölkerung mit dem Reich und dem gesamten deutschen Volk muss, so vertrauen wir, sicher sein, als die jedes sittlichen Rechtes durch Mächtige Frankreichs. Deutschland muss zudem nicht zuletzt auch im Interesse der gesamten Weltwirtschaft, wirtschaftlich wieder zur Geltung kommen. Der Griff nach dem Rheinland über würde den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und damit Europas nur noch vervollständigen.

Es ist genug der Vergewaltigung des Reiches! Es ist genug des Leidens und der Not! Jetzt muss aufgebaut und nicht neu zerstört und zerissen werden. Der Vor-

stand des Gesamtverbandes vertraut darauf, daß die christliche Arbeiterschaft des Rheinlandes im edlen Wettstreit mit der körigen rheinischen Bevölkerung nach wie vor in unbedrängter Treue festhält am eignen Vaterland. In dieser Festigkeit müssen Frankreichs Macht- und Zerstörungspläne zerstossen.

#### Was das Volk sagt.

Die Moskauer "Pravda" bringt an leitender Stelle unter der Überschrift: "So kann es nicht weitergehen", einen Russischen erregenden Artikel über die katastrophale Lage des russischen Wirtschaftslebens. Das bolschewistische Blatt beklagt sich über die Bettelarmut Russlands und verlangt eine Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Apparate und eine gründliche Revision aller bolschewistischen Behörden und Betriebe. Das Defizit im Volkswirtschaftsministerium des Verkehrsweisen beträgt in diesem Budgetjahr 12 Trillionen Rubel und das Defizit der staatlichen Industrie 21 Trillionen. Die "Pravda" spricht von einem grauenerregenden Sinken des russischen Produktionskapitals. In Russland müsse mehr gearbeitet und mehr gespart werden. Besonders wichtig sei es, direkte Handelswege zu finden, um sich von der teureren demoralisierenden Form der Vermittlung im Handel zu befreien. Es müsse ein zentraler Kontrollapparat für die gesamte Staatswirtschaft geschaffen werden.

## Aus unserer Industrie.

### Händler im Kampfe gegen Kartelle.

Ein interessanter Streitfall wird zur Zeit zwischen dem Zentralverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten und dem Reichsverband für Herren- und Knabenkleidung ausgefochten. Die Produzenten haben ohne Fühlungnahme mit den Händlern die Preisausschläge auf alle Aufträge um 100 Prozent erhöht. Der Händlerverband hat daraufhin gegen die Mitglieder des Lieferanterverbandes eine teilweise Zahlungspause und eine vollständige Einkaufssperre verhängt. Hier haben sich also die Händler gegen das rücksichtlose Diktat des Produzentenkartells zur Wehr gesetzt. Natürlich haben sie es nicht um die schönen Augen ihrer eigenen Abnehmer willen getan. Aber sie spürten das Erlahmen der Kaufkraft der breiten Massen und müssen so den vollkommenen Niedergang des Geschäfts befürchten, weil bei den hohen Preisen niemand mehr kaufen kann. Es ist nicht der erste Fall, wo Händlergruppen gegen die übertriebenen Preisforderungen der Lieferanten mit Abwehrmaßnahmen vorgehen. In der Absicht, diese Bestrebungen zusammenzufassen, würde ja auch das Abwehrkartell des Einzelhandels gegen Übergriffe der Produzentenkartelle gegründet.

So selten auch von diesen Schritten ein nachhaltiger Erfolg zu beobachten war — er scheiterte meist an der unzureichenden Organisation und der geringen Disziplin der Händler — so fehlt es ein solches Vorgehen zu begründen im Interesse des Verbraucherschutzes. In jedem Falle ist es eine vernünftigere Methode, den Absatz von Waren sicherzustellen, als die unchristliche Forderung nach dem Wiederbeschaffungspreis, mit der die Händler sich mit den Produzenten in eine gemeinsame Front gegen den Verbraucher stellen.

### Betriebseinschränkungen in den österreichischen Textilindustrien.

In den nieder- und oberösterreichischen Spinnereien ist nach einer Mitteilung des "Neuen Wiener Tagblattes" vom 24. November die Arbeit auf drei Tage in der Woche vermindert worden, ebenso in den Webereien; nur in einzelnen Betrieben wird länger gearbeitet. In Tirol und Vorarlberg wird in den Seidenbands- und Spangenfabriken nur 24—32 Stunden in der Woche gearbeitet. In der Autorei, die 48 Stunden arbeitet, sind 30 Prozent der Arbeiter entlassen worden, ebenso in der Wollindustrie.

### Gegen die Preispolitik der Kartelle.

Der Reichsverband für Damen- und Mädchenkleidung hat in einer von vielen hundert Mitgliedern aus dem Reich besuchten Versammlung, die am 6. Dezember in Berlin stattfand, einstimmig beschlossen, mit Wirkung vom 7. Dezember an seinen Mitgliedern jedweden Einkauf von Damen-, Mädchen- und Kinderkonfektion, gleichgültig zu welchen Bedingungen und bei welcher Firma, zu verbieten. Offenbar richtet sich dieser Beschluß gegen die selbst den Kurs der höchsten Devisen und des Goldes übersteigende Preispolitik verschiedener Kartelle.

### Umtstellung der Zigarettenfabrikation auf Textilwarenherstellung.

Wegen Rückgangs der Zigarettenfabrikation stellen laut telegraphischer Meldung mehrere Thüringer Zigarettenfabriken, darunter die große Fabrik Friedrich Eckardt in Salzungen, ihre Betriebe teilweise auf Herstellung von Textilwaren um.

### Beilegung der Differenzen in der Wirkerei-Industrie.

In den Verhandlungen des Vereins Deutscher Wirkereien einerseits mit dem Reichsbund des Textil-Einzelhandels und dem Verband des Wirkwaren-Großhandels anderseits wurde, wie die "Textilwoche" erjährt, eine Vereinbarung über die Preiszulage und über ein künftiges Zusammensetzen erzielt. Der Fahrlänter-Verband gab die Zusagen, künftighin die Preiszulage nur im Einvernehmen mit den Abnehmerverbänden festzusetzen und für Dezember auf Preisausschläge zu verzichten. Vom 1. Januar ab sollen neue Preisausschläge vereinbart werden. Die Abnehmerverbände haben das Verbot der Bewilligung der vom Verein Deutscher Wirkereien am 25. November in Kraft gesetzten Preisausschläge zurückgezogen.

## Aus der internationalen Textilindustrie.

### Mangel an Arbeitern in Nordamerika — in neun Monaten 58 neue Textilfabriken errichtet.

In einem sehr beachtenswerten amerikanischen Wirtschaftsbriefe von Ende Oktober, den die "Frankfurter Zeitung" veröffentlicht, sind folgende interessante Züge mitgeteilt:

"Bei einer Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Amerika muß vor allem des Mangels an Arbeitern gedacht werden, denn dieser ist eins der schwerwiegendsten Momente bei dem beginnenden Aufschwung der Konjunktur. Die Bevölkerung ist fest davon überzeugt, daß eine sehr großer Prosperität bevorsteht, und die Folge ist natürlich ein fast zielloser Unternehmungsdrang, der eine gewaltige Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausübt. Als ein Zeichen der Zeit mag die Meldung aus Philadelphia angesehen werden, laut welcher dort in den letzten neun Monaten 58 neue Textilfabriken errichtet wurden, während 61 andere ihre Anlagen erweiterten. Früher wurde beim Eintritt des Winters eine große Menge von Bauarbeitern frei, aber die Technik hat in neuerer Zeit solche Fortschritte gemacht, daß auch bei Schnee und Eis noch gearbeitet werden kann. Vor dem Erlass der neuen Einwanderungsgezege wäre die Behebung einer solchen Leutenot, wie sie jetzt besteht, ziemlich einfach gewesen. Die Runde davon würde sich bald in der alten Welt verbreitet haben, und der Einwandererstrom wäre abgeschwollen. Tatsächlich hat sich das Verhältnis völlig verschoben. Gerade als sich die Einwanderung nach dem Kriege wieder zu heben begann, wurde das neue Gesetz erlassen, das nun von den Eigentümern großer Industrieanlagen scharf bekämpft wird, das aber zweifellos bestehen bleibt. Die Folge dieses Arbeitermangels ist eine allgemeine Erhöhung der Bezüge der Werkleute. Im letzten Vierteljahr, sagt der National Conference Board, ist die Tendenz, Lohnbesserungen zu gewähren, im ganzen Lande und in den meisten Industrien unverkennbar gewesen."

Angesichts des Mangels an Arbeitern ist nicht zu erwarten, daß die durch den Krieg so sehr aufgedrängten Preise für alle Lebensnotwendigkeiten bald niedriger werden. Tatsächlich meint der Obmann des Wirtschaftlichen Instituts der Universität Harvard, Professor Charles I. Gulick, er erwartet in den nächsten zehn Jahren nicht, die Kriegspreise wiederzusehen, weder in Amerika, noch anderwärts. Diese Preisinflation schreibt er aber nicht der Erhöhung der Goldproduktion, sondern der Finanzpolitik der Regierungen zu. Die Verwirrung, welche der neue Zolltarif im Einführungshandel geschaffen hätte, beginnt sich zu legen. Mit den höheren Preisen, die infolge des Arbeitermangels eintreten müssen, dürfte der Import sich auf die neuen Zölle einzustellen können, wenn auch, wie zugegeben werden muß, in einigen Branchen das Ausland mit viel knapperen Gewinnen zufrieden sein muß. Eine Aenderung der gegenwärtigen Raten scheint vorerst ausgeschlossen zu sein. Die Sozialkommission, der es obliegt, dem Präsidenten solche Aenderungen vorzuschlagen, hat soeben ihr Reglement für die Behandlung der darauf bezüglichen Anträge veröffentlicht, und dieses zeigt, daß die Untersuchungen, welche einer Beendigung vorausgehen, sich über manche Monate erstrecken werden."

## Aus unserer Bewegung.

### Schulungskursus für die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

In diesem Frühjahr hat das Ausführungsgesetz zum § 70 BGB. Wirksamkeit erhalten. Der christliche Textilarbeiterverband hat rund 30 Betriebsvertreter enthaftet. Diese Aufsichtsratsmitglieder haben die wichtige Aufgabe, gleichberechtigt mit den von den Aktionären gewählten Aufsichtsratsangehörigen die Belange des Produktionsfaktors Arbeit zu vertreten. Sie müssen jetzt das notwendige Küstzeug erhalten, um dieser gewiß nicht leichten Anforderung gewachsen zu sein. Sollen die neuen Gesetze überhaupt Zweck für die Arbeiterschaft haben, heißt es die übertragenen Rechte voll und ganz auszuüben, die Pflichten mit starkem Verantwortlichkeitsgefühl zu übernehmen.

Um diesem Ziele näher zu kommen, entschloß sich die Leitung unseres Verbandes, solche Betriebsräte, die Aufsichtsratsmitglieder sind, am 25. und 26. November nach Düsseldorf einzuladen. In einem zweitägigen Kursus wurden durch grundlegende Vorträge den Aufsichtsratsmitgliedern Würke über praktischen Arbeit gegeben. Dann aber sollte die Ausprache ein Bild über die bisherige Tätigkeit und über die Erfolge und Erfahrungen der Vertreter in den Aufsichtsräten zeigen. Einer Anregung der Landesgeschäftsstelle des DGB. folgend, nahmen auch Angehörige von Bruderverbänden und Vertreter des DGB. an diesem Kursus teil.

Der Verlauf war durchaus befriedigend. Die Schulverwaltung Düsseldorfs hatte bereitwillig einen Hörsaal der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Kollege Fahrenbrach sprach in seinem einleitenden Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkung der Reparationsforderung auf unser Wirtschaftsleben. Der Kollege Lettau behandelte das Gesetz über die Entsendung der Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat und zeigte hierbei besonders die hohe wirtschaftliche und soziale Bedeutung der richtig angewandten Bestimmungen. Im Mittelpunkt des Kursus standen die beiden Referate des Kollegen Herrschel, der zuerst die Unternehmensformen und den Aufbau der Aktiengesellschaft scharf zergliedert schilderte und dann im zweiten Vortrage eingehend die Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder darlegte. Herr Oberrevisor Heinemann-Bremen schloß mit dem Thema: "Wie lese ich eine Bilanz?" den offiziellen Teil der Tagessordnung.

Die Teilnehmer folgten den Ausführungen mit größtem Interesse. Aus der Diskussion ergab immer wieder heraus, daß für die Betriebsratsmitglieder eine einzehn Schulung ungeheuer notwendig ist, wenn sie nicht Statisten oder Marionetten werden sollen. Einigkeit herrschte darüber, daß unermüdliche Selbstschulung notwendig ist. Die Gewerkschaften haben hierbei zu helfen müssen überhaupt den Kollegen allerweite Unterstützung zu Teile werden lassen. Aber auch der Staat hat an sic das größte Interesse daran, durch die giebige Ausbildung die Aufsichtsratsmitglieder in den Stand zu setzen, ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen. Wenn zur Unterhaltung von Universitäten und Hochschulen gewaltige Summen aufgebracht werden, so darf für die im praktischen Leben stehenden Betriebs- und Aufsichtsratsmitglieder, deren Aufgabe für unser Staats- und Wirtschaftsleben so groß Bedeutung hat, verlangt werden, daß auch aus öffentlichen Mitteln so weit wie möglich die Ausbildung gefördert wird. Soll der § 165 der Reichsverfassung nicht nur auf dem Papier stehen, dann hat der Staat sehr mitzuholen. Das Ziel wird aber nicht erreicht, wenn nicht inhaltlich der Bruderverbände die Betriebsräte organisatorisch zusammengefäßt und nach oben im Gesamtverband der östlichen Gewerkschaften bzw. im DGB. zu einer mächtigen Organisation vereinigt werden. Dann erst haben die Betriebsvertreter und die Aufsichtsratsmitglieder, die oft ganz alleine, man möchte sagen auf weit vorgeschobenem Posten im Sinne unserer Bewegung ringen und arbeiten, das Gefühl, daß Laufende mit ihnen an der Lösung der gleichen Frage arbeiten. Durch die organisatorische Erfassung sind auch erst die Unterlagen für eine gebiegene Ausbildung geschaffen. Weder Kraft, Zeit und Geld könnte erspart bleiben, wenn nicht jeder Bruderverband für sich, sondern in der Bewegung in ihrer Gesamtheit in diesem Sinne arbeitete. Erst dann, wenn der einzelne Betriebsvertreter die starke Unterstützung der Gewerkschaften fühlt, wenn er sieht, daß Gewerkschaft und Betriebsrat demselben Zielen aufstreben, wächst er innerlich fester mit der Bewegung zusammen. Er wird dann ein lebendiges und überaus wertvolles Glied dieser Bewegung.

Diesem Gedanken diente die erste Tagung der Aufsichtsratsmitglieder unseres Verbandes. Sie berechtigt uns, fest daran zu glauben, daß durch das Betriebsratsgesetz und durch die Entsendung der Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat Stappen auf dem Wege zu einer echten Gemeinwirtschaft erkämpft sind, wenn Männer und Frauen mit festem Rückgrat, mit starkem Willen, innerlich verbunden mit unserer Weltanschauung, in den Körpern schaffen.

B. E.

### Gaukonferenz für Säckingen, Waldshut, Zell i. W. und Lörrach.

Auf Sonntag, den 3. Dezember 22, wurden die Ortsgruppenvorsitzenden sowie auch zum Tell die Vertrauliche der vier Lokalbezirke Säckingen, Waldshut, Zell i. W. und Lörrach zu einer Gaukonferenz nach der Kreisstadt Säckingen eingeladen. Die Tagung dauerte von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Sie wurde von dem Bezirksleiter Kollegen Rummel, eröffnet. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde dem Kollegen Fischer übergeben, der zu Beginn seines Referates der Freude Ausdruck gab, an diesen Orten wieder einmal weilen und reden zu dürfen, die ihm vor Jahrzehnten so viele Opfer gekostet, auf deren Überwindung er heute mit Glückstolz zurückblickte. Wie leicht war es ihm, über das Thema "Weltwirtschaftsprogramm der christlichen Gewerkschaften" zu referieren. Klar und eindringlich redete er über das höchste Ideal der christlichen Bewegung, welches nur aus dem wahren Christentum hervorzuheben vermugt. Es ist vor allem die christliche Arbeit, eine Arbeit, die nicht nur materiellen Gewinn bringt, sondern die auch die Seele des Menschen veredelt. Es ist jene Arbeit, die das glückliche Bewußtsein in sich birgt, den andern zu beglücken, für den andern Opfer zu bringen. Mit einem Wort, es ist jene Arbeit, die dem Gottesdienst gleichsteht, die Menschenlese dem Ewigkeitsziel entgegenführt und die wir christliche Rücksichtnahme nennen dürfen.

Die warmen Dankesworte, die Kollege Rummel nach dem Referat an Kollegen Fischer richtete, waren aus dem Herzen aller genommen, dies bezeugte die Diskussion, die nachher eröffnet wurde.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war dem Kollegen Rummel zur Aufgabe gestellt. Das Referat war bezeichnet: "Die Notgemeinschaft". Referent erläuterte ausführlich, wie es sich hier die Arbeitsgemeinschaft zur Aufgabe gestellt hat, den armen Sozial- und Kleinrentnern zu Hilfe zu kommen. Er betonte, daß gerade die Arbeit ein hohes Ideal der christlichen Gewerkschaften sei. Es wurde eine Erklärung gefaßt, die den verschiedenen Bürgermeisterämtern und Bezirksämtern unterbreitet werden soll und die Kollege Rummel an den Arbeitgeberverband als Antwort einreichen wird. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. Die am Sonntag, den 3. Dezember, abgehaltene Gaukonferenz ist einstimmig dafür, daß zur Orientierung der Sozial- und Kleinrentner notwendig zwei Lehrstunden geleistet werden sollen.

2. Es ist den einzelnen Betrieben anheimgestellt, wie die Sache gehandhabt werden soll.

3. Wo die Mehrheit für die Errichtung der Notgemeinschaftsstunden ist, sollen sie geleistet werden, wenn nicht, gilt die Sache für erledigt.

4. In den Betrieben, wo keine Lehrstunden geleistet werden, kann der Verdienst von einer halben Stunde abgezogen werden.

5. In der Notgemeinschaftskommission soll auch die Arbeiterschaft zur Orientierung der Verwendung des Geldes vertreten sein!

Hilda Kaufer.

### Bezirkskonferenz für die Pfalz.

In Lambrecht fand am 12. 12. eine Bezirkskonferenz für die Pfalz statt. Der Besuch war ein sehr guter. Eine kleine Überraschung wurde den Delegierten gemacht, indem eine Besichtigung der höheren staatlichen Webschule vorab ging. Aufmerksam folgten die Kollegen und Kollegen den praktischen Vorführungen und Erklärungen der beiden Fachlehrer Garten und Franzenberg. Obwohl alle Textilarbeiter, war das Geschehne doch etwas für sie Neues. Großes Interesse erweckten einige gewebte Bilder. Am Schlusse hielt der Leiter der Weberei, Herr Professor Janzen, einen äußerst lehrreichen Vortrag. Mit herzlichem Danke an den Herrn Professor und die beiden Herren Fachlehrer verließ die Weberei. Nach dem Essen nahm die Konferenz ihren Anfang. Kollege Schäfer-Lambrecht leitete die Konferenz. Unter Bezirksleiter, Kollege Weber-Wachen, sprach die Gruppe des Centralvorstandes an die Pfälzer Mittäler. Bedauert wurde, daß unser neuer Vorsitzender, Kollege Fahrenbrach, dringend abgerufen wurde, der Konferenz nicht beiwohnen konnte.

Nachdem die Delegierten Bericht über ihre Gruppen gegeben hatten, hielt Kollege Weber ein zeitgemäßes Referat, das uns viel Neues und Lehrreiches brachte. Die Diskussion war lebhaft. Mit Freuden konnte man höherrichtige Fortschritte gemacht hat. Die Beitragserhöhung rief die Delegierten auf den Plan. Allseitig wurde anerkannt, daß infolge der großen Geldentwertung auch die Verbände zwangsläufig sind, mit der Zeit zu gehen. Die Beschlüsse des Centralvorstandes und Ausschusses wurden einstimmig gefaßt. Alle Delegierten betrachteten es als Ehrenpflicht, in ihren Gruppen dahin zu wirken, daß die wöchentlichen Beiträge in der Höhe eines Stundenlohn entrichtet werden. Dies soll gewissenhaft und pünktlich durchgeführt und Rundschreiben und Versammlungen nachdrücklich darauf geweckt werden. Erfreuliches geben uns die Berichte der Gruppen. Es wurde gearbeitet. Unsere Bewegung geht auch in der Pfalz vorwärts. Kollege Weber dankte in

dem Saarland den Pfälzer Kollegen und Kolleginnen für die Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete und ermunterte uns, auch fernerhin in diesem Sinne weiter zu wirken.

NB. Den Erfolg der Konferenz kann man daraus ersehen, daß einige Gruppen gleich nach der Konferenz die höchsten Beiträge eingeführt haben. Andere sind nachgefolgt. Wenn wir uns von dem Gedanken leiten lassen, was ich für meinen Verband tue, ist für mich, für meine Familie und Mitarbeiter, wenn wir es mit frohem Herzen tun, ja, dann kommen wir vorwärts, kommen auch über die schwere Zeit hinweg. Darum ihr lieben Pfälzer und Hessen, frisch ans Werk! Rasten heißt ruhen. Rügen wir die Gelegenheit aus. Unser Verband, unser Haus müssen werden eine Festung, mag dann der Sturm uns wild umstoßen, abprallen muß er an unserer Geschlossenheit und an unserm Geltvertrauen.

Wenn auch die Entente die größte und entscheidende Versammlung für den Zusammenstand Deutslands zu tragen hat, so vernichtet das deutsche Volk von seinen Regierungsstellen immer mehr ein rücksichtloses konsequentes Einschreiten gegen Schieber- und Buchertum, jene verderblichen Auswüchse in unserem Volksleben, welche so gefährliche Rückwirkungen auf die Stimmungen in der gesamten Bevölkerung auslösen. Bitterste Not herrscht im Heim des weit überwiegenden Teiles des deutschen Bürgertums, zahllose Familien sind nicht mehr in der Lage, für die kleinen Kinder das bedeckende Quantum Milch zu beschaffen, die Brotpreise steigen ins Unerhöhlige, aber einer dünnen Unterschicht — Oberschicht wäre zu viel gesagt — ist es zur gleichen Zeit immer noch möglich, im Bars, Dielen, Kabarets ein wildes Schlemmerleben zu führen, ohne daß bisher die gegebliche Möglichkeit geschaffen worden wäre, diesem schamlosen, die weitesten Bürgerkreise maklos verbitternden Treiben Einhalt zu thun. Gewiß, es ist nur eine verhältnismäßig kleine Zahl, die sich heute noch Sezt und Lustern als tägliche Leckerbissen gestalten kann, aber weil gerade diese kleine Zahl sich so deutlich von dem grausigen Elend der großen Masse abhebt, muß sie um so aufreizender wirken. Wird die Regierung sich hier bald zu einem energischen Schritt entschließen, oder will sie warten, bis Unberufene, kommunistische, im fremden Solde stehende Putschisten, in verbrecherischer Ausnutzung der allgemeinen Volksstimmung Land und Volk in neues namenloses Unglück stürzen? Die Sturmzeichen am Niederrhein und in Ludwigshafen sollten ihr in dieser Hinsicht ein ernstes Menetekel sein!

## Aus der internationalen Arbeiterbewegung.

### Ein englischer Arbeitersöhn über die Friedensverträge.

Bei der Unterhausbeteiligung über die Arbeitslosigkeit erklärt das Arbeitersöhn Philipp Snowden, die Friedensverträge hätten das Wirtschaftsleben der großen Handelsstaaten Europas zerstört.

Die Führung der Schwierigkeiten sei, diese Märkte wiederherzustellen. Die Währungsfrage sei nicht die Ursache, sondern das Symptom der Zerstörung eines organisierten Finanzsystems und der einzige Weg, um die Währung zu stabilisieren sei, den Handel zu seinen normalen Bedingungen zurückzuholen. Das erste, was getan werden müsse, um den englischen Außenhandel wiederherzustellen, sei, einen dauernden Frieden in Europa zu schaffen und künftige Kriege unmöglich zu machen. Es werde keine Rücksicht auf Wohlgefallt geben, bis nicht die Reparationsfrage geregelt sei. Reparationen seien mit einem präzisen Plan beladen, er bringt Glück, denn, da sie beginnen und führen, die sie empfangen. Es sei eine wirtschaftliche Wahrheit, daß keine Nation durch Kriege gewinnen könne, und, wenn Deutschland die Reparationen bezahlen könnte, so würde es nicht zum Vorteile Englands sein, wenn Deutschland zahle. Früher oder später müsse der Sachsche gegenüber getreten werden, daß man Reparationen von Deutschland nur auf eine Weise erhalten könne, indem man Deutschland wieder auf die Hetze kommen lasse, damit es der heile Abnehmer Englands würde.

Snowden forderte dringend die Anerkennung Russlands und wies darauf hin, daß durch die augenblickliche Politik die Möglichkeit zerstört werde, einen Anteil an dem Handel des größten schwimmernden Marktes in der Welt zu erhalten, wenn Russland der Weltausstellung eröffnet werde. Die Kette Snowdens magte, wie berichtet wird, auf das Haus einen tiefen Eindruck.

## Berichte aus den Ortsgruppen.

### Eine kommunistische Probemobilisierung im Krefelder Industriebezirk.

Zusammen wurde der "Von Volksrat" geprägt. Der in einem Teile des niederrheinischen Textilgebietes von Kommunisten, Syndikalisten und Unionisten angezettelte wilde Streik ist insofern ergebnislos verlaufen, als die Arbeiter ihre Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen haben, ohne daß eine ihrer Forderungen, deren wesentlichste diejenige auf Zahlung der Löhne in Goldwährung war, von den Arbeitgebern auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht, geschweige denn erfüllt worden wäre. Aber aber die ganze Bewegung mußte beurteilt werden, nicht nur die Leute mit einem nur militärischen Sinnkreis annehmen. Sie war mehr als das, sie war eine kommunistische Probemobilisierung, wie sie zunächst in Südpfalz verlief, wie sie zurzeit bei den Badischen Gummi- und Soda-fabrik im Ludwigshafen-Mannheimer Gebiet zu beobachten ist und wie wir sie versuchlich in nächster Zeit noch in den verschiedenen Teilen Deutschlands als Eingelunternehmungen beobachten werden, gedacht als Vorläufer des großen kommunistischen Gesamtputzels, der uns endlich die Segnungen der Diktatur des Proletariats bringen soll. Und unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hat der jetzt größtmögliche beigefügte Streik im Industriegebiet um Düsseldorf und Südpfalz sehr beachtenswerte Feindstellungen inneren ermöglicht, als er das isolierte Arbeiten einer offenen und langer handvordereiteten sozialen Organisation gestattet hat, die ihre Tätigkeit in einer einzigen zentralen empfund und auf das gesuchte ausführte. Die allenthalben lebten, diesen kommunistischen Stoßtrupps, das Stilllegen der Betriebe durch einzige Radikalepatrouillen, das Herausholen der Belegschaften aus die Straße zu protestieren, die an allen Strecken gleichermaßen forderten, alles dieses gelang prompt und reibungslos, die Disziplin war unglaublich und machte ein Staunen der Polizei unnötig. Was noch fehlt, das war das offene Versprechen der höheren Führer, das sagt für den Kämpfen aufgespart wird, um nicht allzufrüh die Karren offenlegen, indem man die Durchfahrt der Zeitschriften überlassen sollte den Führern überlässt.

Sagt man sich, wie es möglich war, daß so zahlreiche Arbeiter, darunter auch ruhige, ältere Leute, die seit langem über gewerkschaftlich organisiert sind, sich so schnell von den kommunistischen für ihre rein politischen Zwecke missbrauchen ließen können, so findet man die einzige Erklärung in der großen, massenhaften Freuden nach dem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Gewerkschaften. Siegliebende oder eine Sympathie mit den verbreiteten politischen Zielen der Kommunisten sind die Ursachen der unbefriedigten Haltung der Massen, jadore die partizipative Art, mit der in jeglichem Vergleichsmaßstäbe sie sich, die spätesten Stunde in der Stellung des Kreises von Sozialdemokraten und der Sozialen Republikanern und wie die Sozialen alle heißen, mit denen das bestimmt. Soll jetzt dem Friedensvertrag geprägt wird, können ja erdrücklich jeder Wirtschaftsleben, darüber vorbereitete Markt von Käfe zu Käfe und weiter festen Stand zu einer Verschärfung und einer Vergrößerung, die mit dem bestreiten Rechte aus die Stellung unserer anderen sozialistischen Gegner unter jenen Trümmer befreien würden. Das Sturzziel am Ende möge daher jetzt der Forderung nicht ein vorzeitiges Belohnen über den Beginn der Auslösung des Deutschen Reichs sein, sondern ein ernstes Ziel zu erreichen.

### Was fehlt was der letzte Kommunistenputz in der Rheinpfalz?

Wie aus den Tageszeitungen ersichtlich, ist es in der Badischen Gummi- und Soda-fabrik Ludwigshafen zu einem wilden Streik dezu. Auswertung gekommen. Grund hierzu war die Entlassung von drei Betriebsräten, die trotz Verbarmung den Betriebsrätekongress in Berlin besuchten. Die Kommunisten wollten diese glückliche Gelegenheit zu einem Generalstreik ausnutzen, doch die Arbeiterschaft der Städte Heidelberg, Mannheim, Speyer, Kaiserslautern und anderer Orte hatte keine Sehnsucht nach solch einem Vergnügen. Man winkte entschieden ab. Ja, selbst ein Teil der Ludwigshafener Betriebe arbeitete ruhig weiter. Mehr Glück hatten die Herren in Lambrecht, dort in es ihnen gelungen, die Arbeiter auf die Strafe zu bringen. In einer großen Versammlung, die nach Arbeitspauk im Pfälzer Hof stattfand, 1. Dezember, wurde die Legende verbreitet, die Direktion der Fabrik habe unverhohlene Arbeiter-Karten geschickt, worin nach Annahme folgender drei Punkte die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte: 1. Einführung der 10-Stundenpauk, 2. Einführung von Akkordarbeit und 3. Austritt aus den Gewerkschaften. Da kein Arbeiter dies erreichen vorbereiten konnte, brachte man es doch jenseit, das Märchen als Wahrheit hinzustellen. Bekanntlich gibt es in der Arbeiterschaft kein geeigneteres Mittel, um die Massen für sich zu gewinnen, als ein Angriff auf die Kostensfreiheit und den Achtkundentag. Die Leute ließen sich täuschen, trotzdem ihnen gesagt wurde, daß die Gewerkschaften gegen den Generalstreik seien und von einer Streikunterstützung keine Rede sei. Trotzdem stimmte man für den Streik. Die Gewerkschaften hatten jede Verantwortung abgelehnt. Man ging einfach über die Kopie der Führer und Ortsverwaltungen hinweg. Es ging in den Streik ohne jede Überlegung. Die beiden Textilverbände sandten am Samstag, den 2. Dezember, einige Kollegen nach Ludwigshafen, um Erkundigungen einzuziehen, und siehe da, alles war glatter Humbug. Die Arbeiterschaft war betrogen. Große Empörung ergriß die Arbeiter gegen die Verbreiter dieser Unwahrheiten. Die Verbände wurden angerufen, um Verhandlungen wegen Wiederannahme der Arbeit anzubahn. Dies ist was getan. Nach mehrmaligen Verhandlungen konnte dann am Dienstag früh 7 Uhr die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen werden. Wie vorauszusehen, mußten leider viele Kollegen auf der Streckebleiben und zwar solche, die mit dem Streik sehr wenig zu tun hatten. Neinmen wir noch den Lohnentgang dazu, die gegenseitigen Herausforderungen und Schmähungen, dann muß sich die Arbeiterschaft sagen: Bis hierher und nicht weiter! Ganz besonders wir örtlich-national gesinnten Arbeiter bedanken uns für derartige Sachen. Wir lassen uns nicht für politische Ziele anderer Leute gebrauchen. Gerne kämpfen wir Soldaten an Soldaten mit andern Verbänden, aber nur zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage. Ein Haberfeldtreiber wird gegen uns eintreten. Der Kampf gilt den Gewerkschaften. Arbeiter, seid auf der Hut! Es gilt zu erwarten, was unsere älteren Kollegen in mühevoller Arbeit ergeben haben. Bleibt treu eurer Organisation und eurem Führer, bleibt euch auch selbst treu.

## Besondere Bekanntmachungen.

### Ein glückliches neues Jahr

wünscht zum Jahreswechsel  
allen Verbandsmitgliedern

### Zentralvorstand u. Schriftleitung.

### Die Entwickelung der Betriebsräte in der Textilindustrie.

Soziale Zeigtäler haben wahre Betriebsräte zu lösen. In einer Stelle sollten die wirtschaftlichen Aufgaben abgetrennt werden, die zweitens in der dreijährigen Betriebsrätekongress im allgemeinen recht plausibel behandelt werden müßten. Die obige Schrift will gerade hier eingreifen und den Blick der Betriebsräte auf dieses für die Gesamtarbeitsmarktwirtschaft wichtigste Gebiet hinleiten.

Im zweiten Teil wird dann auch die soziale Tätigkeit bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen.

Prof. Siegfried Heuer, der Generaldirektor der Internationalen Vereinigung für gerechte Arbeitssatz, schreibt Ende August 1922: "Empfänger Sie meine an Ihnen einen Vortrag für die Zukunft. Es ist eine der aussichtsreichsten Schriften, die ich über diesen Gegenstand gelesen habe."

Kein Betriebsrat sollte vermissen, sich diese Schrift anzusehen. In keiner Betriebsgruppe läßt sich dieses Buch leisten. Kein Schulungskurs sollte abgehalten werden, ohne daß diese Broschüre besprochen und vertrieben wird.

Der Preis für die 55 Seiten starke, geschmackvoll gebrachte Schrift ist für Verbandsmitglieder 30 M., für Nichtmitglieder 60 M. Bestellungen sind durch die Sekretariate oder direkt bei der Zentralstelle zu machen.

### Bezirk Barmen.

#### Beitragsregelung für den rechtsrheinischen Tarifbezirk.

Infolge der für Dezember eingetretenen Lohn erhöhung sind folgende Beitragssätze zwischen den beiden Textilarbeiterverbänden vereinbart worden:

|            | männlich: | weiblich: |
|------------|-----------|-----------|
| 14-jährige | 50,— M.   | 50,— M.   |
| 15 "       | 70,— "    | 50,— "    |
| 16 "       | 70,— "    | 70,— "    |
| 17 "       | 110,— "   | 70,— "    |
| 18 "       | 140,— "   | 110,— "   |
| 19 "       | 140,— "   | 110,— "   |
| 20 "       | 240,— "   | 180,— "   |

Diese Beiträge werden ab der 51. Beitragswoche eingeführt.

Mit kollegalem Gruß

Die Bezirksleitung.

## Versammlungskalender.

Heidenheim. Sonntag, 14. Jan., nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Hotel König Karl. Anträge sind bis 6. Jan. an den Vorstand einzurichten.

Odenkirchen. Mitgliederversammlung am 7. Januar, morgens 10.30 im Deutschen Ed. Geheizter Saal; keine Getränke.

Ölenroth. Große öffentliche Versammlung am 6. Januar, nachmittags 5.30 Uhr bei Spanger.

## Inhaltsverzeichnis.

Zum Jahreswechsel. — Artikel: Der Reichswirtschaftsrat zum Arbeitszeitgesetz. — Konterfeiungen in der deutschen Industrie. — Einkommensteuersätze für 1922. — Sozialpolitisches. — Feuilleton: Erdbeben. — Allgemeine Rundschau: Eine Kundgebung des Gesamtverbandes. — Was das Volk sagt. — Aus unserer Industrie: Händler im Kampf gegen Kartelle. — Betriebsvereinbarungen in den österreichischen Textilindustrien. — Gegen die Preispolitik der Kartelle. — Umfrage der Zigarettenfabrikation auf Textilwarenherstellung. — Beilegung der Differenzen in der Textilerei-Industrie. — Aus der internationalen Textilindustrie: Mangel an Arbeitern in Nordamerika — in neun Monaten 58 neue Textilfabriken errichtet. — Aus unserer Bewegung: Schulungsfürsorge für die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. — Gaulosserenz für Käfigen, Waldhut, Zell i. W. und Hörtach. — Bezirkskonferenz für die Rheinpfalz. — Aus unserer Arbeiterschaftsbewegung: Bei den schwäbischen Arbeitern. — Aus der internationalen Arbeiterschaftsbewegung: Ein englischer Arbeitersöhn über die Friedensverträge. — Berichte aus den Ortsgruppen: Eine kommunistische Probemobilisierung im Krefelder Industriebezirk. — Aus der internationalen Textilindustrie: Mangel an Arbeitern in Nordamerika — in neun Monaten 58 neue Textilfabriken errichtet. — Aus unserer Bewegung: Schulungsfürsorge für die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. — Gaulosserenz für Käfigen, Waldhut, Zell i. W. und Hörtach. — Bezirkskonferenz für die Rheinpfalz. — Aus unserer Arbeiterschaftsbewegung: Bei den schwäbischen Arbeitern. — Aus der internationalen Arbeiterschaftsbewegung: Ein englischer Arbeitersöhn über die Friedensverträge. — Berichte aus den Ortsgruppen: Eine kommunistische Probemobilisierung im Krefelder Industriebezirk. — Was lehrt uns der letzte Kommunistenputz in der Rheinpfalz. — Besondere Bekanntmachungen. — Die neuen Postgebühren. — Die weSENTLICHSTEN Gebühren, die vom 15. Dezember 1922 an im Post-, Postcheck- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

für Postkarten im Ortsempfänger 5 M., im Fernverkehr 15 M.  
für Briefe im Ortsempfänger bis 20 g 10 M., über 20 bis 100 g 15 M., über 100 bis 250 g 25 M., im Fernverkehr bis 20 g 25 M., über 100 bis 250 g 45 M.  
für Drucksachen bis 25 g 5 M., über 25 bis 50 g 10 M., über 50 bis 100 g 15 M., über 100 bis 250 g 25 M., über 250 bis 500 g 35 M., über 500 g bis 1 kg 45 M., über 1 bis 2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Drucksände zulässig) 90 M.;  
für Ansichtskarten, mit Grüßen oder dergl. mit höchstens fünf Wörtern 5 M.  
für Geschäftspapiere und Wissensgaben bis 250 g 25 M., über 250 bis 500 g 35 M., über 500 g bis 1 kg 45 M.;  
für Warenproben bis 250 g 25 M., über 250 bis 500 g 35 M.;  
Baden bis 1 kg 50 M.;

Patente bis 5 kg . . . . . 125 M. 250 M.

|                | bis 5 kg | 6 kg | 7 kg | 8 kg | 9 kg | 10 kg | 11 kg | 12 kg | 13 kg | 14 kg | 15 kg | 16 kg | 17 kg | 18 kg | 19 kg | 20 kg |     |
|----------------|----------|------|------|------|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-----|
| über 5 bis 6 " | 150      | "    | 175  | "    | 200  | "     | 225   | "     | 250   | "     | 300   | "     | 310   | "     | 370   | "     | 400 |
| " 7 "          | 175      | "    | 200  | "    | 225  | "     | 250   | "     | 300   | "     | 350   | "     | 370   | "     | 450   | "     | 500 |
| " 8 "          | 200      | "    | 225  | "    | 250  | "     | 300   | "     | 350   | "     | 400   | "     | 450   | "     | 500   | "     | 600 |
| " 9 "          | 225      | "    | 250  | "    | 300  | "     | 350   | "     | 400   | "     | 450   | "     | 500   | "     | 550   | "     | 600 |
| " 10 "         | 250      | "    | 300  | "    | 350  | "     | 400   | "     | 450   | "     | 500   | "     | 550   | "     | 600   | "     | 650 |
| " 11 "         | 300      | "    | 350  | "    | 400  | "     | 450   | "     | 500   | "     | 550   | "     | 600   | "     | 650   | "     | 700 |
| " 12 "         | 350      | "    | 400  | "    |      |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |     |